

Entwicklungszusammenarbeit mit Indien

Diskussion um Notwendigkeit und Neuorientierung einer partnerschaftlichen Strategie

Heike Kluge

Das Wirtschaftswachstum Indiens ist seit den letzten Jahren permanent in den Schlagzeilen. Das Land gilt als aufstrebende Wirtschaftsmacht mit jährlichen Wachstumsraten von sieben bis neun Prozent, wird als deutscher Konkurrent bei der Produktion von Software, in Raumfahrt und Biotechnologie betrachtet und baut sogar die Atombombe. Da kann schon die Frage aufkommen, ob Indien eigentlich noch Entwicklungshilfe benötigt. Deutlich ist aber: Vom Wirtschaftswachstum sind große Teile der Bevölkerung völlig ausgeschlossen oder sinken in eine noch tiefere Armut ab.

Die Zahlen sind erschreckend: Mehr als 800 Millionen der heute 1,2 Milliarden zählenden Bevölkerung Indiens gelten als arm. Das heißt, sie haben weniger als 2,50 Dollar pro Tag zur Verfügung. Von diesen 800 Millionen Menschen haben sogar etwa 450 Millionen noch weniger als 1,25 Dollar pro Tag zur Verfügung. Das heißt, sie leben unterhalb der Armutsgrenze und werden nach den Kriterien der Weltbank als extrem arm bezeichnet. Diese Zahl macht mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung Indiens aus! Ober- und Mittelschicht werden auf lediglich etwa 100 Millionen geschätzt.

Hungerstatistiken einer Studie des Internationalen Forschungsinstituts für Ernährungspolitik zu Folge schneidet Indien im Jahr 2008 noch schlechter ab als 25 Länder der Sub-Sahara Afrikas. Der zentralindische Bundesstaat Madhya Pradesh liegt nach dem Welthungerindex¹ zwischen Äthiopien und Tschad. 60 Prozent der dort lebenden zehn Millionen Kinder sind unterernährt. Uttar Pradesh – hier macht der Anteil der unterernährten Kinder 52 Prozent aus – liegt mit Somalia auf der gleichen Stufe.

Doch es sind nicht nur einzelne Bundesstaaten betroffen. Aufgrund

der hohen Bevölkerungszahl sind gerade die absoluten Zahlen so erschreckend. Demnach leben 25 Prozent der weltweit ärmsten Menschen in Indien und sogar ein Drittel der weltweit unterernährten Kinder. Diese Zahlen stehen sehr im Widerspruch zu der wachsenden Wirtschaft und den Nachrichten über die aufstrebende Mittelschicht. Im Folgenden sollen einige der Ursachen und Lösungsansätze aufgezeigt werden.

Ausgrenzung und Diskriminierung

Betroffen sind in erster Linie die in der indischen Gesellschaft benachteiligten Bevölkerungsgruppen der Adivasi, Dalits und Angehöriger unterer Kasten, die als Landarbeiter und marginalisierte Kleinbauern auf dem Lande oder als Tagelöhner in den Slums der Großstädte leben.

Ursprünglich lebten die Adivasi zurückgezogen in Wäldern, sie gelten in der hinduistischen Gesellschaft als besonders „primitiv“ und stehen wie auch die Dalits am untersten Ende der Gesellschaft. Den Dalits wurden gemäß ihrer Rolle im Kastensystem nur sehr niedrige, aus religiöser Sicht „unreine“ Arbeiten zugeschrieben. Sie leben am Rande oder ganz außerhalb der eigentlichen Dörfer,

oft in Regionen, die am ehesten von Überflutungen der Flüsse oder Stürmen heimgesucht werden. Ihr Land wie auch die Waldgebiete der Adivasi haben sich durch die Geschichte hindurch Angehörige höherer Kasten, Geschäftsleute und Großgrundbesitzern angeeignet. Sie besitzen oft keine Landtitel, können nicht lesen und schreiben und fallen somit leicht Betrügereien zum Opfer. Oft geschah die Landaneignung durch einen Verschuldungskreislauf mit Wucherzinsen, die heute eigentlich rechtlich nicht zulässig sind. Durch ihren geringen gesellschaftlichen Status und durch mangelnde Kenntnis über ihre Rechte können die Betroffenen sich nicht zur Wehr setzen. Von Polizei und lokalen Regierungsstellen werden sie respektlos behandelt und sind Korruption und Vetternwirtschaft besonders ausgesetzt.

Die indische Verfassung verbietet zwar die Diskriminierung unter anderem aufgrund des Kastenstatus, doch werden insbesondere im ländlichen Raum die Adivasi und Dalits sowie auch andere Zugehörige unterer Kasten weiterhin diskriminiert. Durch ein Quotensystem für die Vergabe von Ämtern in der öffentlichen Verwaltung, den *Panchayats* (Gemeinderäten) und von Plätzen an Universitäten und weiterführenden Schulen sowie

durch unterschiedliche staatliche Programme zur Förderung von benachteiligten Gruppen versucht der Staat, der Diskriminierung entgegen zu wirken. Es gibt durchaus auch Erfolge, so dass zum Beispiel Personen durch eine höhere Schulbildung oder einen Universitätsabschluss die ökonomische Situation ihrer Familien verbessern können.

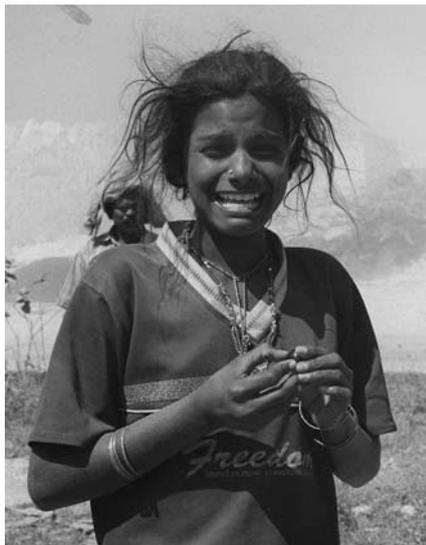
Doch all diese Maßnahmen haben nicht zur Beseitigung der Massenarmut beigetragen. Viele Kinder brechen bereits vor der 10. Klasse die Schule ab, da sie zum Lebensunterhalt der Familie beitragen müssen und somit bleiben ihnen auch Fördermöglichkeiten für eine höhere Bildung verwehrt. Auch versuchen zunehmend Gruppen, die nicht zu den Ärmsten und Benachteiligten gehören, sich den förderungswürdigen Status anzueignen, um auch in Genuss von Fördermaßnahmen zu kommen. Bei den wirklich Bedürftigen kommt dann leider oft nur noch sehr wenig an.

Vertreibung und Rechtlosigkeit

Die Errichtung industrieller Großprojekte und das Anlegen von Staudämmen für die Stromversorgung der Städte und die wachsenden Industrien nehmen immense Flächen in Anspruch. Die Bewohner ganzer Landstriche müssen umgesiedelt und aus ihrer Heimat vertrieben werden. Vorwiegend handelt es sich hier um Gebiete, die sich entweder in sehr abgelegenen Wäldern befinden und einen hohen Adivasi-Anteil aufweisen oder solche Regionen mit einem großen Anteil von Kleinbauern, der sich vorwiegend aus Dalits und Angehöriger unterer Kasten zusammensetzt.

Zudem wurden in Indien bis zum Jahr 2009 237 Sonderwirtschaftszonen eingerichtet, die eine Fläche von 86 107 ha einnehmen. Insgesamt sind 500 dieser Zonen geplant. Auch hier werden die Kleinbauern bei nur geringer Entschädigung um-

Andheri-Hilfe



Frauen fordern ihre Rechte ein: Hier eine Arbeiterin in einem Steinbruch nahe Chennai.

gesiedelt, und wertvoller Ackerboden geht verloren. Das Beispiel der Einrichtung einer Sonderwirtschaftszone für das Automobilwerk der Firma *Tata* in West Bengal hat allerdings gezeigt, dass die Kleinbauern durchaus in der Lage sind, sich zu wehren. Das Werk musste aufgrund von Protesten noch vor der Fertigstellung aufgegeben werden.

Mangelnder Zugang zu Bildung

Das staatliche Bildungssystem in Indien ist marode. Es besteht Schulpflicht für Kinder von 6 bis 14 Jahren, doch in Indien besuchen mehr als 100 Millionen Kinder die Schule nicht. Ein Teil dieser Zahl setzt sich aus Kinderarbeitern zusammen. Aufgrund der schlechten ökonomischen Situation müssen viele Kinder zum Verdienst der Familien beitragen und brechen die Schule frühzeitig ab. Doch dies ist nicht der einzige Grund. Besonders in abgelegenen ländlichen Regionen mit einem großen Bevölkerungsanteil der Adivasi und Dalits werden die staatlichen Schulen extrem vernachlässigt. Lehrer sind unmotiviert und erscheinen oft nur sehr unregelmäßig zum Unterricht. Die Klassenräume sind zu klein, es fehlen sanitäre Einrichtungen. In Regionen mit einer sehr gemischten Zusammensetzung unter-

schiedlicher Kastenzugehörigkeiten werden die Kinder aus Dalit- und aus Adivasi-Familien von Klassenkameraden wie auch von Lehrern oftmals diskriminiert. All diese Faktoren führen zu einem vorzeitigen Abbruch der Schule und zu schlechtem Abschneiden bei Prüfungen. In Städten tritt heute zudem vermehrt das Problem auf, dass es nicht genügend Plätze an staatlichen Schulen gibt.

Anstatt das staatliche Schulsystem zu verbessern, wachsen Privatschulen wie Pilze aus dem Boden. Familien aus der Mittel- und Oberschicht investieren hohe Summen für die Ausbildung ihrer Kinder. Die staatlichen Schulen werden daher vorwiegend von Kindern aus unteren Gesellschaftsschichten besucht und folglich weiter vernachlässigt.

Ein in 2009 neu verabschiedetes Gesetz zur Umsetzung der Schulpflicht soll die Situation verbessern. Demnach müssen jetzt auch Privatschulen Kinder aufnehmen, die keinen Platz an einer staatlichen Schule bekommen haben. Das Recht auf einen Platz an einer Schule und auf kostenlosen Schulbesuch für Kinder aus armen Familien ist heute im Prinzip einklagbar. Auch soll mehr in die staatlichen Schulen investiert werden, um dort den Unterricht zu bessern. Ob diese Maßnahmen wirklich umgesetzt werden und sich dadurch die Gesamtsituation verbessert, werden die nächsten Jahre zeigen.

Umweltzerstörung und Existenzbedrohung der Kleinbauern

Die heutige Waldfläche Indiens beträgt nur noch weniger als 15 Prozent. Großflächige kommerzielle Abholzungen sind die Hauptursache des weiteren Waldschwundes. Überweidung durch das Zurückdrängen von Viehherden auf zu kleine begrenzte Flächen und der Brennholzbedarf für die Energiegewinnung schädigen u.a. zusätzlich besonders den Baum- und

Strauchbestand in semi-ariden Zonen. Wo die Vegetation stark degradiert ist, können die heftigen Regenfälle des Monsuns nicht mehr aufgefangen werden. Das Wasser fließt ungenutzt ab. Bodenerosion, Desertifikation, der Verlust wertvollen Ackerbodens und Absinken des Grundwasserspiegels sind die Folgen.

Die Kleinbauern, die eh im Zuge der wirtschaftlichen Liberalisierung durch den Abbau von Subventionen in der Landwirtschaft und der gleichzeitigen Einfuhr hoch subventionierter Produkte aus dem Ausland, am Existenzminimum leben, verlieren ihre Lebensgrundlage.

Wasserknappheit in der Landwirtschaft und für die Versorgung der Menschen mit sauberem Trinkwasser ist insbesondere während der Monate der Trockenzeit in ganz Indien ein zunehmendes Problem. Bei Wasserknappheit wird vermehrt auf unsauberes Trinkwasser zurückgegriffen, wodurch sich in diesen Monaten Infektionskrankheiten besonders schnell ausbreiten. Die zunehmende Umweltbelastung durch die Industrie verschlimmert die Situation weiterhin. Durch die Schadstoffbelastung ist das Brunnenwasser im Umkreis

von Industrieanlagen immer öfter hoch kontaminiert.

Nicht nur die Dürreperioden sondern auch extreme Überschwemmungen und Flutkatastrophen haben während der letzten Jahre stark zugenommen, da der Monsunregen heute durch die fehlende Vegetation viel schneller abfließt, treten die Flüsse in stärkerem Maße über die Ufer als früher. Weiterhin verschlimmern Eingriffe in die Natur, wie das Begradigen von Flüssen und das Anlegen von Staudämmen die Situation, so dass die Flutkatastrophen ein immer stärkeres Ausmaß haben, und jährlich gehen große Mengen an landwirtschaftlichen Erträgen verloren. Da im Zuge des Klimawandels und durch das Abschmelzen der Gletscher im Himalaya eine weitere Zunahme von Dürren und Flutkatastrophen prognostiziert werden, sind die Folgen nicht auszumalen. Bei der eh sehr ungleichen Verteilung wird der Kampf um die Ressourcen Land und Wasser in Zukunft weiter zunehmen.

Slumentwicklung

Migration in die Slums der Großstädte sind die Folge von Verarmung

und Aussichtslosigkeit auf dem Lande, Vertreibung sowie der Zerstörung der Lebensgrundlage von Kleinbauern. Durch den industriellen Boom haben die Städte große Anziehungskraft, doch die Stadtplanung ist völlig überfordert. In den Slums leben die Menschen auf engstem Raum unter miserablen hygienischen Bedingungen. Zugezogene finden zum Teil in der Bauindustrie Arbeit. Dort arbeiten sie in der Regel für einen Hungerlohn ohne jegliche soziale Absicherung. Die Arbeiten sind nicht selten gefährlich, so dass Unfälle an der Tagesordnung sind. Zudem sind die Familien hier völlig auf sich selbst gestellt, da der soziale Zusammenhalt innerhalb der Dorfgemeinschaften fehlt. Der Anteil der Slumbewohner an der städtischen Bevölkerung, der laut UN Schätzungen von 2006 sogar 55 Prozent beträgt, ist weiter ansteigend.

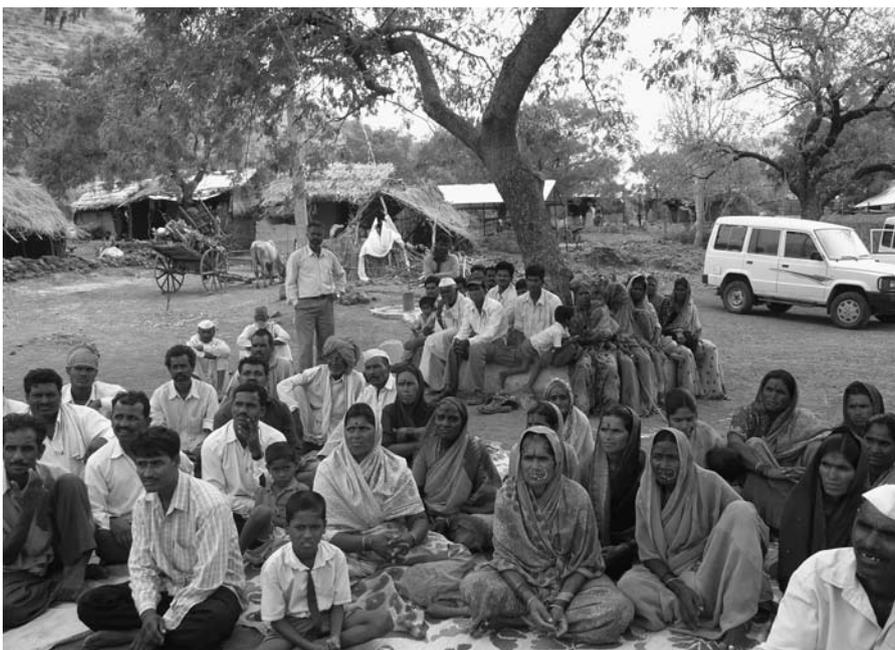
Hiermit sind nur einige der wesentlichen Bereiche genannt. Um die gesamten Probleme aufzuzeigen, vor denen Indien heute steht, müsste die Palette noch weiter geführt werden: Geringer Status der Frau, ein schlecht funktionierendes staatliches Gesundheitssystem, Korruption und Vetterwirtschaft wären noch zu nennen.

Auch besteht die Gefahr, dass als Folge von Perspektivlosigkeit Terrorismus und religiöser Fanatismus zunehmen.

Neuorientierung der Entwicklungszusammenarbeit

Die Debatte um die Notwendigkeit der Entwicklungshilfe ist seit dem Regierungswechsel im September 2009 und der Neubesetzung des Ministerpostens des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) wieder entfacht. Der neu benannte Minister, Dirk Niebel (FDP), der zuvor dafür plädierte das BMZ als eigenständiges Ministerium abzuschaffen und

Andheri-Hilfe



Dorfkomitee bei der Planung eines Ressourcenschutzprojektes im Distrikt Ahmednagar (Maharashtra).

es entweder dem Wirtschafts- oder Außenministerium unterzuordnen, verkündete kurz nach seinem Amtsantritt im November 2009, dass er die Entwicklungshilfe für Indien beenden wolle. Diese Äußerung stieß bei den Nicht-Regierungsorganisationen auf ungläubiges Stauen. Gerade für ein Land, mit der weltweit größten Anzahl der unter der Armutsgrenze lebenden Menschen, will der Entwicklungshilfeminister die Entwicklungshilfe beenden? Die Kritik wurde seitens der Leitungsgremien des BMZ allerdings durchaus ernst genommen. Man plant jetzt das Länderkonzept für Schwellenländer wie Indien zu überarbeiten. Die Konzentration soll auf die Bereiche Justiz, Menschenrechte und Klimaschutz gelegt werden.

Schwerpunkte der deutschen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit mit Indien sind zurzeit Umwelt, Energie (u.a. erneuerbare Energien), und nachhaltige Wirtschaftsentwicklung (u.a. Berufsausbildung, Förderung ländlicher Genossenschaftsbanken sowie kleiner und mittlerer Unternehmen). Eine weitere Ausdehnung auf die Bereiche Justiz und Menschenrechte wäre natürlich sehr zu begrüßen.

Indien gilt als wichtiger politischer Stabilitätsfaktor in Asien und gehört deshalb zu den sogenannten Ankerländern in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Zudem nimmt Indien aufgrund seiner Größe und seines wachsenden Gewichts in der Wirtschaft und in der internationalen Politik eine Schlüsselposition bei der Lösung globaler Fragen wie Verminderung der Armut, Klimaschutz und Sicherung der politischen Stabilität Südasiens ein. Die Bedeutung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit Indien wurde bislang aus den benannten Gründen sehr betont. Es ist anzunehmen, dass auch die neue Regierung diese Sichtweise beibehalten wird.

Die Rolle indischer Nicht-Regierungsorganisationen

Man spricht heute von Entwicklungszusammenarbeit, nicht mehr von Entwicklungshilfe. Was Indien braucht, ist eine partnerschaftliche Unterstützung, um seine gravierenden Probleme der Zukunft lösen zu können. Hier spielen lokale Nicht-Regierungsorganisationen eine wichtige Rolle, die gemeinsam mit den Menschen vor Ort planen und mit den Gegebenheiten bestens vertraut sind. Sie engagieren sich unter anderem durch Advocacy and Lobbying für strukturelle grundlegende Veränderungen zugunsten benachteiligter Gesellschaftsgruppen und zur Armutsbekämpfung. Oft stammen sie sogar selber aus einer der ausgegrenzten Gruppen.

Die Menschen, die sich vor Ort oft zu Selbsthilfe- oder Dorfkomitees zusammenschließen, werden darin unterstützt, ihre Rechte einzufordern und gegen Diskriminierung vorgehen zu können. Somit werden sie in die Lage versetzt, Missstände in ihren Dorfgemeinschaften selbst zu bessern. Sie bringen ihre Belange, wie zum Beispiel eine miserable Trinkwasserversorgung, den zuständigen Regierungsstellen vor. Notfalls gehen sie auch bis zur Distriktebene. Wenn die Menschen geschlossen auftreten, sind oft durchaus Erfolge zu verzeichnen. Aus diesem Grunde ist Netzwerkbildung auf Dorfebene, auf Distriktebene und darüber hinaus von großer Bedeutung. Ein weiteres Beispiel ist das Einfordern eines besseren Funktionierens der staatlichen Schulen auf dem Lande. Durch den Druck von lokalen Frauenkomitees konnte im nördlichen Karnataka der Schulunterricht in einigen Dörfern erheblich verbessert werden. Es wurden zusätzliche Lehrer eingestellt und Latrinen, die zuvor fehlten, auf dem Schulgelände errichtet.

Lokale Nicht-Regierungsorganisationen klären die Menschen in den

Hinweis

Zum Thema „Entwicklungszusammenarbeit mit Indien: Plädoyer für ein substanzielles deutsches Engagement“ hat das Südasiensbüro im Dezember 2009 eine Studie von Michael Holländer und Ralf Teipel als separate Publikation herausgebracht, die auf der Website des Asienhauses Essen zum Download angeboten wird: www.asienhaus.de/index.php?LINK=15&ULINK=4&UULINK=1.

Dörfern und in den städtischen Slums über die bestehenden Förderprogramme der Regierung auf, schulen sie in der Antragstellung und leisten gegebenenfalls Unterstützung bei der Umsetzung. Die Organisationen vor Ort spielen heute eine wichtige Rolle in der Rechtsberatung, bei der Implementierung bestehender Gesetze zur Armutsbekämpfung und zum Schutz benachteiligter Gesellschaftsgruppen sowie bei der Durchsetzung neuer Gesetze. Dies zeigen die zwei folgenden Beispiele:

- In Maharashtra wurde durch den Druck von Dalit-Organisationen die Landfläche, die landlosen Dalits zusteht auf sechs *acres* erhöht, da es sich hier um eine sehr trockene Region mit weniger fruchtbarem Boden handelt. Die betreffenden Familien können diese Landfläche bei der Regierung beantragen. Falls Probleme bei der Umsetzung auftreten, leisten lokale Organisationen Unterstützung.
- Die Durchsetzung eines landesweiten Gesetzes zur Bekämpfung von Korruption und Vetternwirtschaft, den Right to Information Act, bewirkte eine Organisation aus Rajasthan. Laut diesem Gesetz müssen alle Amtsvorgänge offen gelegt werden, wenn es zum Beispiel

Nachfragen bei gestellten Anträgen gibt und die betreffenden Personen keine oder eine negative Antwort erhielten. Dieses Gesetz hat sich gerade im ländlichen Raum sehr bewährt. Fälle von Korruption können schnell aufgedeckt werden und es mussten bereits eine Reihe Regierungsbeamter entlassen werden, denen ein rechtswidriges Verhalten nachgewiesen werden konnte.

Herausforderung für die Zukunft

Die krassen Gegensätze Indiens zeigen, dass eine wachsende Wirtschaft nicht gleichzeitig die Fragen der Armutsbekämpfung löst. Es scheint sogar, dass nicht nur die absoluten Zahlen, sondern, dass auch der prozentuale Anteil der unter der Armutsgrenze lebenden Menschen innerhalb der letzten Jahre weiter angestiegen ist. Von der Verwirklichung der Millennium Entwicklungsziele (*Millennium Development Goals* = MDGs), die im Jahre 2000 von den Vereinten Nationen mit einer Laufzeit von 15 Jahren aufgestellt wurden, ist man in Indien noch weit entfernt. Insbesondere wenn man das MDG 1 „Halbierung der extremen Armut und des Hunger“ betrachtet, liegt die Zielerreichung in sehr weiter Ferne und wird mit Sicherheit nicht bis zum Jahre 2015 erreicht worden sein. Ohne Erfolge in Indien, wird die globale Zielerreichung der MDGs unmöglich.

Mit den bisherigen Schwerpunkten der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit zwischen Deutschland und Indien, Umwelt, Energie und nachhaltige Wirtschaftsförderung, sind die Probleme vor denen Indien heute steht allein nur schwer zu lösen. Zu begrüßen wäre daher, wenn der Bereich Menschenrechte und Rechtsberatung einen zukünftigen Schwerpunkt ausmachen würde. Ein Zusammenwirken unterschiedlicher Akteure der staatlichen und nicht-staatlichen Entwicklungszusammenarbeit auf deutscher wie auch auf in-

discher Seite sind zudem von großer Bedeutung. Auch sollten die Potentiale einer starken Zivilgesellschaft Indiens noch stärker genutzt werden.

Wünschenswert wäre gleichzeitig ein Umdenken Indiens, nicht einzig auf Wirtschaftsförderung und Erhöhung der Exportzahlen zu setzen. Stattdessen wäre eine Förderung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft von großer Bedeutung, die Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln im ländlichen Raum gewährleisten kann. Der Stellenwert dieser kleinbäuerlichen Strukturen hat im Zuge der Nahrungsmittelkrise an Bedeutung gewonnen und deren Förderung könnte einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung von Armut und Hunger leisten.

Zur Autorin

Heike Kluve hat Geographie und Soziologie (M.A.) mit Schwerpunkt Entwicklungspolitik an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg studiert und arbeitet als Indienreferentin bei der Andheri-Hilfe in Bonn.

Endnote

¹Die drei Faktoren Unterernährung der Kinder, Kindersterblichkeitsrate und Anzahl der Personen, die Kalorienmangel aufweisen, wurden im Rahmen der Studie untersucht.